



Protokoll der 8. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. Mai 2025, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder
Entschuldigt: Ratsmitglied Patrick Mägli (SP)
Abwesend: -

Traktanden

Laufnummer

1. Protokoll der Ratssitzung vom 09.04.2025
://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 9. April 2025 wird einstimmig genehmigt.
2. Primarschulrat – Ersatzwahl von 1 Mitglied des Primarschulrates für die restliche Amtsperiode vom 1. August 2025 – 31. Juli 2028
://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP/Mitte-Fraktion wird einstimmig Frau Sibylle Odermatt-Lipp, geb. 1982, Wetterchrüzstrasse 20, anstelle von Frau Eva Eugster für die restliche Amtsperiode vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2028 als Primarschulrat-Mitglied gewählt. 2025-39
3. Sichtenstrasse, Instandsetzung – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend die Kreditvorlage für die Strassensanierung, den Wasserleitungsersatz und die Abwasseranlage der Sichtenstrasse 2025-32
://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung den Bruttokredit für die Instandsetzung der Sichtenstrasse in der Höhe von CHF 370'000.— (+/- 10%) inkl. MwSt. zu Lasten der Einwohnerkasse, Investitionskonto-Nr. 6150.5010.0373: «Sichtenstrasse Strassensanierung (Realisierung)»
://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat den Bruttokredit für den Ersatz der Wasserleitung in der Höhe von CHF 75'000.-- (+/- 10%) exkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Investitionskonto-Nr. 7101.5030.0373: «Sichtenstrasse Wasserleitungsersatz (Realisierung)».
://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für den Ersatz der Mischwasserleitung/Regenwasserleitung in der Höhe von CHF 170'000.-- (+/- 10%) exkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, Investitionskonto-Nr. 7201.5030.0373: «Sichtenstrasse Mischwasserleitung/Sauberwasserleitung (Realisierung)». 2025-32a

- | | | |
|----|--|--|
| 4. | <p>Abschreibung von Motionen und Postulaten, Sammelvorlage
 <i>://: Der stadträtliche Antrag für die Abschreibung des Postulats Nr. 2021-82 «Kunst an der Wand» wird von 15 Ratsmitgliedern unterstützt, dem Gegenantrag der SP-Fraktion für eine Nichtabschreibung des Postulats stimmen mehrheitlich 23 Ratsmitglieder zu. 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.</i>
 <i>://: Einstimmig werden die unbestrittenen stadträtlichen Anträge unterstützt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Abschreibung von Postulat Nr. 2017/40 «Fernverkehr-Kriterien».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Motion Nr. 2020-32 «Mehrwertabgabe».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2020-34 «Veloverkehr-Konzept».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2021-47 «Wohnungsbau gemeinnützig».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2021-58 «Fischmarkt-Neugestaltung».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2022-95 «Kultur, Sport- und Vereinspass für Armutsbetroffene».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-189 «Sanierungsarbeiten A22».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-192 «Solarstrompotenzial».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-199 «Sportanlagen-Benützung».</i> • <i>Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-208 «Velopumpstationen».</i> | <p>2025-38
2021-82
2017/40
2020-32
2020-34
2021-47
2021-58
2022-95
2023-189
2023-192
2023-199
2023-208</p> |
| 5. | <p>Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli – Zonenplan Siedlung, Mutation «Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli inkl. Einmündungsbereich Rösernbach»
 <i>://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-41 an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird einstimmig zugestimmt.</i></p> | <p>2025-41</p> |
| 6. | <p>Bildungsreglement – Totalrevision Bildungsreglement (ESL 642.1)
 <i>://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-42 an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) und die Bestimmung der Kommission „Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission“ (SBK) zur Erstattung eines Mitberichts wird einstimmig zugestimmt.</i></p> | <p>2025-42</p> |
| 7. | <p>Minergie – Interpellation betreffend Minergie-P-Standard bei stadteigenen Gebäuden von Anita Baumgartner und Matthias Holinger der Grünen Fraktion
 <i>://: Die Interpellation betreffend Minergie-P-Standard bei stadteigenen Gebäuden von Anita Baumgartner und Matthias Holinger der Grünen Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | <p>2025-35</p> |
| 8. | <p>Arbeitsbedingungen menschenwürdig und rechtmässig – Interpellation für menschenwürdige und rechtmässig Arbeitsbedingungen in Liestal von Anja Weyeneth der SP-Fraktion
 <i>://: Die Interpellation für menschenwürdige und rechtmässige Arbeitsbedingungen in Liestal von Anja Weyeneth der SP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | <p>2025-30</p> |

9. Fasnacht – Interpellation «Sicherheit und Zugänglichkeit an der Fasnacht» von Jonas Bischofberger der SP-Fraktion 2025-40
://: Die Interpellation «Sicherheit und Zugänglichkeit an der Fasnacht» von Jonas Bischofberger der SP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder zur heutigen Sitzung. Leider kann er heute keine Medienvertreter begrüssen und auf der Gästetriebüne hört uns aktuell auch nur Stadtverwalter a.i. René Frei zu.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht folgende Mitteilung:

- An der Urnenabstimmung vom vergangenen Wochenende hatte der Souverän dem Einwohnerratsbeschluss vom 26. Februar 2025 bezüglich dem Baukredit von CHF 9,87 Mio. für den Erweiterungsbau in der Schulanlage Fraumatt mit 1'886 Ja-Stimmen gegen 420 Nein-Stimmen grossmehrheitlich zugestimmt.
- Die Einladung zum Amtsjahrschlusssessen vom 25.06.2025 ist verschickt worden und man kann sich auch heute beim Ratsschreiber an- oder abmelden.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen und um 20:00 Uhr geschlossen.
- Die Rechnung 2024 (Nr. 2025-31) ist vom Büro formal an der letzten Bürositzung an die FIKO zur Vorberatung überwiesen worden. Dieses Geschäft wird auf die ER-Sitzung vom 25.06.2025 traktandiert.

Neue persönliche Vorstösse

- Budgetüberschreitungen – Interpellation «Transparenz bei der Verwendung von Projektbudgets sicherstellen» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-43)
- Sicherheit Rathausstrasse – Interpellation «Sicherheit in der Rathausstrasse» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-44)
- Kommissionsstruktur – Postulat «Kommissionsstruktur auf aktuelle Herausforderungen ausrichten» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-45)
- Zukunft Schönthal – Interpellation «Zukunft Schönthal – Ziele für die Quartiere Fraumatt und Radacker» von Anja Weyeneth und Florian Abt der SP-Fraktion (Nr. 2025-46)

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler muss nach der heutigen Medienmitteilung von 16:00 Uhr die schlechte Nachricht im Bereich Kultur überbringen, dass der Verein „Neues Theater Palazzo“ den Betrieb auf Ende August 2025 einstellen wird. Angeführt werden strukturelle und infrastrukturelle Probleme, mit denen das Theater zu kämpfen hatte. Voraussichtlich bleibt das Kinder- und Jugendangebot erhalten. Das schauen wir uns jetzt mit dem Kanton an. Den Partnern und dem Kanton wird für die bisherige lange finanzielle Unterstützung des Palazzo der beste Dank ausgesprochen. Wir bedauern es natürlich sehr, denn mit dem Palazzo geht etwas Tolles in Liestal verloren. Wir waren vorher schon in engem Kontakt und werden auch weiterhin in engem Kontakt mit dem Palazzo bleiben. Er möchte aber auch den Hut davor ziehen, dass man jetzt aufhört und nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Séverine Salate (SP) gibt eine persönliche Erklärung zur Medienmitteilung des Stadtrates vom 24. April 2025 und den weiteren Ereignissen rund um den 1. Mai 2025 ab. Die Medienmitteilung hat mich und auch andere innerhalb und ausserhalb der SP stark irritiert. Es ist es mir deshalb wichtig, diese nicht unkommentiert zu lassen. Der 1. Mai ist ein Gedenktag für die Kämpfe und Opfer der Arbeiter:innenbewegung. Kämpfe für soziale Errungenschaften, von denen wir heute auch alle profitieren. Und der 1. Mai ist ein Tag, um diese Kämpfe für soziale Freiheit und Gerechtigkeit auch heute weiterzutragen. Wie uns allen bekannt ist, wurden über Ostern an verschiedenen Wänden mit Sprayereien für diesen Tag mobilisiert. Daraufhin hat der Stadtrat diese Medienmitteilung verfasst. In Teilen aus schlechter Wortwahl, aber in Teilen auch willentlich eine Gruppe an den öffentlichen Pranger gestellt, massive Anschuldigungen erhoben und auch über die Medienmitteilung hinaus eine Eskalationsstrategie im Hinblick auf den 1. Mai gefahren. Eine Aussage von Stadträtin Pascale Meschberger im Artikel der BZ vom 24. April macht die durchaus lobenswerte Absicht der Medienmitteilung klar, nämlich sogenannte «Problemjugendliche» vor ungerechtfertigten Anschuldigungen aus der Bevölkerung schützen zu wollen. Das ist klar. Ansonsten verfehlt die Wortwahl wie auch die Medienmitteilung des Gesamtstadtrates dieses Ziel bei weitem. Stattdessen wird eine angeblich linksextreme Gruppe an den öffentlichen Pranger gestellt. Natürlich können Sprayereien als Sachbeschädigung wahrgenommen werden. Aber es gibt einen rechtsstaatlichen Weg, damit umzugehen. Dazu gehören Unschuldsvermutung, Verhältnismässigkeit und Rechtsgleichheit. Dazu gehört aber keine Medienmitteilung einer Regierung, die Personen oder Gruppen an den öffentlichen Pranger stellen, bevor Polizei und Gerichte den Fall behandelt haben. Dazu gehören auch ganz sicher keine Androhungen wie «mit allen Mitteln» dagegen vorgehen zu wollen. Politische Instanzen dürfen nie mit allen Mitteln etwas verfolgen, sondern immer nur mit den gesetzmässigen. Ich unterstelle nicht, dass sich der Stadtrat nicht an die Gesetze halten will, aber dann darf er es auch nicht so formulieren. Und schliesslich geht der Stadtrat auch nicht gegen die immer häufiger werdenden faschistischen Sticker und Sprayereien vor. Diese Gruppen nicht mit öffentlicher Aufmerksamkeit zu stärken, ist eine sinnvolle Strategie und zum Glück gibt es ja auch Gruppen in der Zivilgesellschaft, die dagegenhalten. Umso fragwürdiger ist es allerdings, wenn linke Gruppen durch den Stadtrat dann doch selektiv an den Pranger gestellt werden. Der Stadtrat wirft der R.J.L. auch vor, sie wolle ihre Ziele mit Gewalt umsetzen. Gewalt bedeutet im rechtlichen und gesellschaftlichen Sinne in erster Linie physische oder psychische Einwirkung auf Menschen. Mit dem Ziel, diese zu schädigen, zu bedrohen oder zu unterdrücken. Sachbeschädigung hingegen richtet sich gegen Gegenstände und ist schon rechtlich nicht mit Gewalt gleichzusetzen. Ich frage mich ernsthaft, worauf sich diese schwerwiegenden Anschuldigungen stützen. Nach meinem Kenntnisstand hat die R.J.L., im Gegensatz zu gewissen rechtsextremen Akteur:innen, nie aktiv Gewalt gegen Menschen ausgeübt. Die einzigen Gewaltdrohungen im Hinblick auf den 1. Mai in Liestal, die ich gesehen habe, stammen von Nutzer:innen auf einer Facebook-Seite und waren gegen die R.J.L. gerichtet.

Sprayereien, so ärgerlich oder provokativ sie auch wahrgenommen werden können, stellen keine Gewalt dar, da sie sich nicht gegen Personen richten, sondern gegen Objekte oder Oberflächen und können im Zweifelsfall als zivilrechtliche oder ordnungsrechtliche Vergehen behandelt werden. Es ist daher unverantwortlich, diese Formen gleichzusetzen. Insbesondere dann, wenn dadurch engagierte, aber friedlich agierende Gruppen pauschal kriminalisiert werden. Irritiert hat mich auch die Aussage über die Herkunft aus «gutem Hause». Ich frage mich, was das aussagen soll und was das auch aussagt über Jugendliche, die nicht aus sogenanntem «guten Hause» stammen. Persönlich betroffen macht mich auch die Aussage des Stadtrates in Richtung „die sollen doch dankbar sein“. Ich selbst habe das Privileg, dass ich eine Ausbildung und ein Studium abschliessen konnte. Heisst das, ich profitiere auch von den Systemen, welche die RJL bekämpft? Von Sexismus, Rassismus und Diskriminierung? Sicher ist es nicht falsch zu sagen, dass ich von unserem Gesellschaftssystem auch gewisse Privilegien erhalte. Trotzdem sitze ich hier und gehe auf die Strasse, eben genau, weil nicht alle dieselben Privilegien haben und weil unser System alles andere als fehlerlos ist. Ich mache schliesslich nicht Politik für mich, sondern dafür, dass sich für alle in unsere Gesellschaft etwas verändert und dies ganz im Geiste des 1. Mai. Dass sich der Stadtrat grundsätzlich um einen konstruktiven Austausch bemüht, ist lobenswert. Aber: Wer den Dialog sucht, sollte nicht überrascht sein, wenn nicht alle Lust haben mitzumachen und vor allem nicht nach solch einseitigen öffentlichen Anschuldigungen. Leider war genau diese konstruktive Haltung vor der 1.-Mai-Demo nicht erkennbar gewesen. Die pauschalen Vorwürfe in der Medienmitteilung sowie unklare Bewilligungsaufgaben, die Kollektivschuld suggerierten, wirkten eskalierend und nicht deeskalierend. Und ich bin auch nicht ganz sicher, ob diese so verheben, doch das ist eine ganz andere Diskussion. Zum Schluss möchte sie doch noch versöhnlich werden. Es war sehr erfreulich und entspannend zu sehen, dass die für den Bereich Sicherheit zuständige Stadträtin an der Manifestation zum 1. Mai in ein langes intensives Gespräch mit Vertreter:innen der sogenannten aufmüpfigen Jungen führte. Das sah nach einer heftigen, aber durchaus gesitteten Diskussion aus. Das war von beiden Seiten mutig und zeugte von gegenseitigem Respekt. Wir können also das Fazit ziehen, dass der 1. Mai friedlich und ohne Zwischenfälle verlief, trotz des Konfrontationskurses, welcher der Stadtrat gefahren ist. Ich hoffe also sehr, dass im nächsten Jahr weniger Polarisierung und mehr Gesprächsbereitschaft auf allen Seiten herrscht. Das wäre nicht nur im Sinne der öffentlichen Ressourcen, sondern auch im Interesse unserer Nerven.

Traktandenliste

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass zur Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 7. Mai 2025 einstimmig beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 09.04.2025

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 9. April 2025 eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

*[**Unterbruch der Sitzung** während rund 10 Minuten wegen technischen Problemen bei der Anlage.*

Nach dem Support von Herrn Benedikt Wirthlin der Landeskanzlei bzw. einem Restart der Bildschirme war eine elektronische Abstimmung über die Anlage wieder möglich – mit Ausnahme des Bildschirm Nr. 81 von Einwohnerrat Simon Fluri (FDP), welcher im Nachgang von Hand abstimmen musste. Seine Stimme ist bei den anschliessenden elektronischen Abstimmungen jeweils noch manuell hinzugezählt worden.]

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass trotz der technischen Panne die Tonaufnahmen gewährleistet sein sollten. Sollten die künftigen Abstimmungen nicht über die Anlage möglich sein, so müssten die Stimmen mittels Handerheben festgestellt werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 09. April 2025 wird einstimmig genehmigt.

2. Primarschulrat – Ersatzwahl von 1 Mitglied des Primarschulrates für die restliche Amtsperiode vom 1. August 2025 – 31. Juli 2028 (Nr. 2025-39)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass das vorgeschlagene neue Primarschulratsmitglied offen gewählt wird.

Es werden keine Wortbegehren zu diesem Geschäft angemeldet.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP/Mitte-Fraktion wird einstimmig Frau Sibylle Odermatt-Lipp, geb. 1982, Wetterchrüzstrasse 20, anstelle von Frau Eva Eugster für die restliche Amtsperiode vom 1. August 2025 bis 31. Juli 2028 als Primarschulrat-Mitglied gewählt.

3. Sichertnstrasse, Instandsetzung – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend die Kreditvorlage für die Strassensanierung, den Wasserleitungsersatz und die Abwasseranlage der Sichertnstrasse (Nr. 2025-32)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Er nimmt Bezug auf die heutige E-Mail des Ratsschreibers und hält fest, dass sich beim dritten Antrag zwei redaktionelle Fehler eingeschlichen haben, welche bei der anschliessenden Abstimmung zu korrigieren sind.

Er wird die Anträge vor der Abstimmung verlesen und speziell auf die vorgenommenen Korrekturen hinweisen.

Peter Bürgin (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2025-32a vor: Das heftige Unwetter vom 25. Juni 2024 hatte die Sichertnstrasse oberhalb der Dornacherstrasse bis zum Sichertnplateau komplett unterspült. Das Strassenstück ist komplett zerstört und muss von Grund auf neu gebaut werden. Die Strasse muss in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt und stabilisiert sowie die Entwässerung verbessert werden, damit die darunterliegenden Werkleitungen bei einem nächsten Extremereignis keinen Schaden nehmen. Auch sind fünf Massnahmen ausgearbeitet worden: Die Verbesserung der Entwässerung des Oberflächenwassers; die Installation eines Betonriegels für die Ableitung des Niederschlagswassers; die Stabilisierung der ganzen Konstruktion mit 5 Betonriegeln; die Installation eines Entwässerungsbeckens, um möglichst grosse Mengen des Oberflächenwassers auffangen zu können sowie die Wiederherstellung der Asphaltdecke. Bei einem nächsten Extremereignis wird sich das gesamte Wasser wieder den gleichen Weg suchen. Die Sichertnstrasse ist eine historische Strasse und muss erhalten bleiben. Ausserdem befinden sich darunter alle Werkleitungen, die zugänglich sein müssen. Eine Alternative zu der Sichertnstrasse, wie sie jetzt besteht, ist somit keine Option. Die Wasserleitung im betroffenen Abschnitt ist schwer beschädigt und muss ersetzt werden. Ein Wermutstropfen ist, dass zwischen der Dornacherstrasse und der Burgunderstrasse noch kein neuer Regenwasserkanal existiert. Der neue Regenwasserkanal, der von oben runterkommt, muss zusammen mit der Mischwasserleitung in die bestehende Mischwasserleitung geführt werden. Bei einem weiteren Extremereignis muss überschüssiges Wasser wieder oder nach wie vor über den Strassenbelag abgeführt werden. Die BPK empfiehlt, die Schwachstellen im Auge zu behalten und in der nächsten Aufgabenüberprüfung entsprechend zu priorisieren. Der Vorschlag in der Vorlage betreffend Entwässerung auf dem Sichertnplateau ist schlichtweg inakzeptabel gewesen und musste komplett überarbeitet werden. Über diese Strasse läuft der gesamte Verkehr zum Naherholungsgebiet Sichertn. Das sind bei weitem nicht nur Autos, sondern auch Velos, Kinderwagen, Inlineskater, Wanderer usw. Der Übergang im Bereich der Entwässerung muss eine bestimmte Qualität haben, dass es nicht stark holpert oder dass man sogar stolpert beziehungsweise sich sogar in den Zwischenräumen verklemmt. Vom Bereich Tiefbau ist jetzt unter Druck der BPK mit 2 relativ kleinen Entwässerungsrinnen eine gute Lösung gefunden worden, die in einer L-Anordnung zu liegen kommen. Mit dieser Lösung ist ein komfortabler Übergang möglich und die Konstruktion hat eine gute Schluckfähigkeit, weshalb bei Starkregen die Wassermenge abgeführt werden kann. Das Projekt ist im Grossen und Ganzen von der BPK gut aufgenommen worden. Alle vorgeschlagenen Massnahmen sind logisch und nachvollziehbar. Die Auswirkungen und die notwendigen Massnahmen zur Verhinderung von extremen Wetterereignissen sind schwierig abzuschätzen. Die BPK ist jedoch guter Hoffnung, dass mit der Ausführung des Projekts der gute Schutz für das unterliegende Siedlungsgebiet gewährleistet werden kann. Schlussendlich ist mit Druck der BPK und den Entwässerungsrinnen auch eine gute Lösung für alle Verkehrsteilnehmer gefunden worden. Jedoch bleibt mit der Querschnittsverengung die Wasserabführung auf Höhe der Dornacherstrasse ein Wermutstropfen bestehen, was im Auge behalten werden muss. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig den drei Kreditanträgen zuzustimmen.

Matthias Holinger (GL) meint als Sprecher der Grünen Fraktion, dass man dem BPK-Bericht nichts mehr hinzuzufügen habe. Wir bedanken uns bei allen am Projekt beteiligten Mitarbeitern der Stadt, insbesondere auch für die unkomplizierte Anpassung im oberen Teil des Projekts nach den Wünschen der BPK. Wir werden allen 3 Anträgen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) teilt als SVP-Fraktionssprecher mit, dass man allen 3 Anträgen zustimmen wird. Bei der Diskussion bei uns und in der BPK war die Entwässerung vor allem das Hauptthema, denn die Notwendigkeit der Strassensanierung war immer klar. Beim Thema Entwässerung führte vor allem die Grösse und Breite des Gitterrostes zu grösseren Diskussionen. Wichtig ist auch, dass der Verkehr nicht mehr durch das ganze Tiergartenquartier geht, sondern dass man gerade hoch auf die Sichertern fahren kann.

Jonas Bischofberger (SP) hält als SP-Fraktionssprecher fest, dass wir beim erwähnten Ereignis die Klimakrise spüren mussten und es darum wichtig ist, dass wir die Infrastrukturen entsprechend anpassen. Für uns ist es nachvollziehbar, dass wir diese Strasse weiterhin brauchen und diese nicht einfach zurückbauen kann, weil es viele verschiedene Nutzer gibt, die über diese Strasse auf die Sichertern fahren oder laufen. Auch ist es gut, dass man hier eine gute Lösung mit dem Gitterrost gefunden hat. Für uns sind die Massnahmen zur Stabilisierung der Strasse grundsätzlich überzeugend. Diese sorgen dafür, dass die Strasse die nächsten Ereignisse hoffentlich überstehen wird. Das Grundproblem des Sicherternplateau, dass das Wasser wie bei einem Trichter konzentriert auf die Sicherternstrasse kommt, bleibt ungelöst, aber das können wir auch nicht ganz alleine lösen. Ein Defizit, welches sicher bleibt, ist aber die Leitungsverengung zwischen der Dornacher- und der Burgunderstrasse. Und so lange dieses Problem nicht behoben wird, ist es wichtig, dass wir daran bleiben und auch priorisieren. In der Fraktion wurde noch kritisiert, dass dieses Projekt mit einem doch grossen Preisschild wie etwas gebastelt aussieht und viele Probleme auch übriglässt. Mehrheitlich sind wir aber zufrieden mit diesem Projekt und man wird den Anträgen zustimmen.

Werner Fischer (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass man doch sehr zufrieden ist damit, wie es schlussendlich mit der unkomplizierten Anpassung des Entwässerungsschachtes gelaufen ist. Es zeigt einmal mehr, dass Strassen grundsätzlich als Verkehrswege funktionieren müssen. Und man kann nicht nur auf ein Jahrhundert-Hochwasser schauen und dem alles unterordnen. Und von daher sind wir sehr froh, dass nach den Massnahmen auch alle wieder gut und sicher auf die Sichertern kommen, sei es auch mit kleinen Füßen oder Rädern, denn die Sichertern ist ein wichtiges Naherholungsgebiet. Für ihn ist es aber doch etwas ein Wermutstropfen, dass nun für viel Geld eine Einbahnstrasse saniert wird und deshalb muss im Auge behalten werden, dass beim Bau des oberen Teils der Tiergartenstrassen-Quartiers Anpassungen vorgenommen werden, damit sich die Verkehrsteilnehmer auf der Strasse auch kreuzen können.

Sonja Niederhauser (EVP) stellt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion fest, dass sich viele gefragt haben, wieso es so lange gegangen ist, bis wir eine Vorlage erhalten haben. Auch wollte man wissen, bis wann die Sicherternstrasse saniert ist und endlich wieder benützt werden kann. Zum einen sieht man, wenn man vor Ort schaut, dass die Verwerfungen, die es gegeben hat, doch wirklich eine grosse Dimension haben. Die Strasse ist nicht nur ein bisschen beeinträchtigt, sondern die Unwetter- und Strassenschäden sind eindrücklich, was man künftig in Liestal hoffentlich nicht mehr erleben und sehen wird. Wenn man aber den BPK-Bericht gelesen und die Vorlage des Stadtrates angeschaut hat, sieht man, dass es eben nicht einfach nur darum geht, einen neuen Deckbelag einzubauen. Sondern es geht wirklich darum, im Untergrund dieser Strasse eine neue Entwässerung so einzubauen, dass das Wasser künftig auch sinnvoll abgeleitet werden kann. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass man dies gut geprüft hat. Die BPK konnte Fragen stellen und ist bei gewissen Punkten auch hartnäckig geblieben. Dem Stadtrat und der Verwaltung möchte sie den Dank für die geduldige Beantwortung der BPK-Fragen danken. Die vorliegenden Ergebnisse sind eine gute Sache und ihre Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt der BPK für die Kreativität, Ehrlichkeit und auch Hartnäckigkeit bei der Vorberatung dieses Geschäfts. Mit der Situation und den vorgeschlagenen Massnahmen können aber extreme Wetterereignisse nicht verhindert werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen auch alltagstauglich sein. Bei der Vorprüfung war die Praxistauglichkeit und die Passierbarkeit der Sichtenstrasse wichtig und nicht der Schutz vor weiteren grossen Wassermengen. Für eine Zustimmung zu den 3 Anträgen dankt sie bereits an dieser Stelle bestens.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrats sowie der BPK abstimmen lässt.

Wie eingangs erwähnt, wird er vor der Abstimmung den Wortlaut der 3 Anträge verlesen.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung den Bruttokredit für die Instandsetzung der Sichtenstrasse in der Höhe von CHF 370'000.— (+/- 10%) inkl. MwSt. zu Lasten der Einwohnerkasse, Investitionskonto-Nr. 6150.5010.0373: «Sichtenstrasse Strassensanierung (Realisierung)».

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat den Bruttokredit für den Ersatz der Wasserleitung in der Höhe von CHF 75'000.-- (+/- 10%) exkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Investitionskonto-Nr. 7101.5030.0373: «Sichtenstrasse Wasserleitungersatz (Realisierung)».

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich bei dem dritten und letzten Antrag zwei redaktionelle Fehler eingeschlichen haben: Beim Ersatz der Mischwasserleitung/Regenwasserleitung handelt es sich um eine Ausgabe zu Lasten der «Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung» und nicht um eine Ausgabe der «Spezialfinanzierung Wasserversorgung. Im BPK-Bericht gab es bei der Konto-Nummer einen Verschieb und die richtige Kto.-Nr. ist 7201.5030.0373.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren zu diesem neuformulierten Antrag angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für den Ersatz der Mischwasserleitung/Regenwasserleitung in der Höhe von CHF 170'000.-- (+/- 10%) exkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, Investitionskonto-Nr. 7201.5030.0373: «Sichtenstrasse Mischwasserleitung/Sauberwasserleitung (Realisierung)».

4. Abschreibung von Motionen und Postulaten, Sammelvorlage (Nr. 2025-38)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Sammelvorlage nach folgendem Ablauf behandelt wird:

- Bei der Bezugnahme auf eine Motion oder ein Postulat möchte man bitte den Titel und auch die Lauf-Nummer kurz erwähnen, damit alle wissen, um welchen Vorstoss es sich handelt.
- Die Fraktionssprecher äussern sich zuallererst gesamt zur Sammelvorlage und insbesondere zu denjenigen Vorstössen, bei welchen Gegenanträge gestellt werden.
- Die Postulanten, Motionäre sowie gegebenenfalls Einzelsprecher werden bei jedem Vorstoss insgesamt zu Wortmeldungen eingeladen.
- Es wird nur über Änderungsanträge abgestimmt, ansonsten in globo.

Simon Wiesner (SVP) informiert als SVP-Fraktionssprecher, dass man den stadträtlichen Anträgen einstimmig zustimmen wird.

Richard Gafner (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass auch seine Fraktion die Anträge des Stadtrats unterstützt.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt, als SP-Fraktionssprecher, dass es seine Fraktion grundsätzlich sehr begrüsst, dass es die Sammelvorlage gibt. Es ist gut und nützlich, dass wir so eine Übersicht haben und erfahren, wo die überfälligen Geschäfte liegen. Immer wieder kommt die Begründung, dass die personellen Ressourcen fehlen, um etwas rechtzeitig behandeln zu können. Das macht uns Sorgen, denn wenn diese Bemerkung mehrmals kommt, deutet das darauf hin, dass die Verwaltung überlastet ist. Oder aber, dass bei der Ausgestaltung des Personals, wie viel Personal man einstellt, etwas nicht stimmt. Man ist besorgt, wenn die Verwaltung ständig immer überlastet ist, nur auf dem letzten Zacken das Wichtigste machen kann und anderes liegen geblieben muss. Das finden wir ein Problem, das man erwähnen kann. Und drittens findet man es heikel, mit so einer Sammelvorlage Vorstösse abzuschreiben. Denn es sind immerhin Postulate und Motionen, die der Rat diskutiert und überwiesen hatte. Diese dann einfach so schnell abzuschreiben, ist doch heikel. Dies kann man machen, wenn es völlig klar ist. So ist seine Fraktion mit der Abschreibung des Postulats „Kunst an der Wand“ (Nr. 2021-82) nicht einverstanden.

Benjamin Erni (EVP) gibt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion bekannt, dass man den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird. So auch der Abschreibung des Postulats Nr. 2017/40 „Fernverkehrskriterien“, doch hofft man, dass nicht nur die Stadt Liestal, sondern auch der Kanton den Druck aufrechterhalten wird. Die Abschreibung des Postulats „Kunst an der Wand“ (Nr. 2021-82) macht wohl Sinn, denn schliesslich wird man vom Stadtrat auch später keine andere Antwort erwarten können. Er hofft, dass die in Aussicht gestellten Verhandlungen erfolgreich sein werden und die Jugendlichen sowie Graffiti-Künstler auch Plätze bekommen, wo sie sich verwirklichen und positiv zum Stadtbild von Liestal beitragen können.

Anita Baumgartner (GL) merkt an, dass von der Grünen Fraktion inhaltlich das Votum des Vorredners Bernhard Bonjour (SP) bezüglich den Anträgen unterstützt wird. So würde auch ihre Fraktion gerne das Postulat Nr. 2021-82 „Kunst an der Wand“ stehen lassen, denn die stadträtliche Antwort in der Sammelvorlage kann so gelesen werden, als könnte man durchaus später noch etwas zu diesem Vorstoss berichten. Dies vor allem dann, wenn die Verhandlungen mit der SBB abgeschlossen sind und man weiss, in welche Richtung es gehen könnte. Es gibt offenbar auch das Projekt „Street-Art Liestal“, welches neu konzipiert wird. Aus unserer Sicht wäre es die Gelegenheit, das Postulat abzuschreiben und gleichzeitig dem Einwohnerrat das Konzept zur Kenntnis zu bringen. Wir hatten in den letzten Jahren ab und zu Fälle gehabt,

in denen das Konzept auf der Verwaltung herumgegangen ist, dieses der Einwohnerrat jedoch nicht gesehen hatte. Wir sind der Meinung, dass das doch jetzt eine gute Chance wäre, dieses Konzept zusammen mit der Postulatsbeantwortung dem Einwohnerrat zur Kenntnis zu bringen. Deshalb wird man beantragen, dass man das Postulat Nr. 2021-82 stehen lässt. Ansonsten kann ich mich den Ausführungen auch insofern anschliessen, dass auch wir diese Sammelvorlage ein sehr zweckmässiges und gutes Instrument finden, um kurz und knapp über den Stand der offenen Vorstösse erfahren zu können. Auch wir haben aber die Feststellung gemacht, dass es Vorstösse hat, die doch immer wieder auf dieser Liste auftauchen und auch immer wieder nicht abgeschrieben werden können, was wir zum Teil mit grossem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert, dass nun die einzelnen Vorstösse bzw. stadtträtlichen Anträge gemäss der Vorlage Nr. 2025-38 beraten werden.

Über diese wird nur abgestimmt, sofern ein Gegenantrag gestellt wird.

Ansonsten wird am Schluss in globo über die stadträtlichen Anträge abgestimmt.

1. Abschreibung von Postulat Nr. 2017/40 «Fernverkehr-Kriterien».

Richard Gafner (FDP) äussert als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass man der Postulatsabschreibung gemäss Antrag zustimmen wird, doch hofft man, dass der Druck aufrecht erhalten wird. Auch in Zukunft wird man darauf schauen, dass dieses Anliegen nicht irgendwo versandet und den Stadtrat gegebenenfalls mit einem neuen Vorstoss unterstützen, um weitere Fernverkehrshalte in Liestal bekommen zu können.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat das Anliegen bezüglich dem Fernverkehr nicht aus den Augen verlieren wird. Wenn man die Forderungen des Postulates, die Weiterentwicklung sowie die zahlreichen Anstrengungen anschaut, dann muss man doch eigentlich wieder die ganze Gesamtlage analysieren, um weitermachen zu können. Und es hat ja jetzt noch andere Implikationen, was die Infrastruktur anbelangt, doch da haben wir auch einen Marschhalt mit dieser Studie, welche im Herbst zum Thema Mobilität kommen soll. Der Stadtrat bleibt dran und hofft, gegebenenfalls auch auf die Unterstützung des Einwohnerrates zählen zu dürfen.

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet melden.

2. Nicht-Abschreibung von Motion Nr. 2020-32 «Mehrwertabgabe».

Bernhard Bonjour (SP) meldet sich als SP-Fraktionssprecher und informiert darüber, dass man sich überlegt habe, ob es wirklich geschickt ist, so lange zuzuwarten, bis dass der Landrat irgendetwas macht. Denn die Mehrwertabgabe ist seiner Fraktion ein wichtiges Anliegen. Andere Gemeinden haben auch schon lange Regelungen getroffen und beschlossen, doch können sie diese vielleicht nicht umsetzen, weil der Landrat noch nicht so weit ist. Der Kanton braucht relativ lange, bis er endlich so weit bereit ist, dass man jetzt die Mehrwertabgabe machen kann, obwohl diese ja eigentlich dringlich nötig wäre. Das hätte man schon lange machen müssen und eventuell wäre es geschickt, wenn der Stadtrat auch eine Vorlage schaffen würde und das für Liestal einmal regeln würde. Damit könnte etwas Druck gemacht oder beispielsweise den Landräten gezeigt werden, dass es Gemeinden gibt, die die Mehrwertabgabe wollen. Die Vorlage soll nicht schmürzelig sein und diese soll auch nicht möglichst viel verhindern, wie dies auf kantonaler Ebene im Landrat oftmals der Fall ist. Und deshalb fragt sich die SP-Fraktion schon, ob ein weiteres Zuwarten wirklich gescheit ist oder eben nicht.

Stefan Fraefel (Mitte) erinnert als Motionär daran, dass der Stadtrat seinen Vorstoss damals nicht übernehmen wollte und dies damit begründete, dass der Kanton diesbezüglich etwas machen wird. Er hatte dann entgegnet, dass es doch gut wäre, wenn das Vakuum, das man gemäss Münchenstein eben füllen darf, mit einer eigenen Regelung füllt. Sein Vorstoss ist dann relativ knapp angenommen und an den Stadtrat überwiesen worden. Die Frist für die Ausarbeitung der Vorlage gemäss Motion ist schon lange verstrichen und wenn nun der Stadtrat Jahre danach sagt, er möchte auf den Kanton warten, so findet er das schon nicht sehr schön.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass wir bei den Quartierplänen, und das ist der matchentscheidende Punkt, die Regelung haben, dass 33 % des Mehrwertes als Infrastrukturbeitrag zu leisten sind. Der Kanton hatte ja auch ein Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Gesetzes für die Abgeltung der Planungsmehrwerte durchgeführt. Wir haben uns dort natürlich vernehmen lassen. Was für den Stadtrat noch viel entscheidender ist, ist das Problem, dass vom Regierungsrat die Abschaffung der Infrastrukturabgaben vorgeschlagen wurde. Und dort haben wir vor allem die Energie hineingelegt zum Regeln. Aber er kann durchaus nachvollziehen, dass vom Rat der Vorwurf gemacht wird, dass der Stadtrat nicht vorwärts mache. Die Problematik liegt aber darin, dass ein solches Reglement vom Kanton zu genehmigen ist, dieser dann aber alles rausstreicht. So ist es auch Münchenstein ergangen, bis sie schlussendlich beim Bundesgericht zu ihrem Recht gekommen sind, doch geht der Zoff mit dem Kanton weiter. Bezüglich möglichen Auf- und Umzonungen hat der Stadtrat im Moment doch gar nichts vor, um beispielsweise eine Zone von WG3 in neu eine WG4-Zone hinaufschreiben zu wollen. Solche Zonenänderungen müssten ja sowieso vom Einwohnerrat beschlossen werden, doch das ganze Siedlungsgebiet ist praktisch bebaut und somit haben wir gar keinen riesigen Bedarf. Wir haben gefunden, dass wir die politische Energie dafür verwenden, dass die Infrastrukturabgaben bleiben, denn diese sind ganz wichtig für uns.

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet melden.

3. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2020-34 «Veloverkehr-Konzept».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

4. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2021-47 «Wohnungsbau gemeinnützig».

Bernhard Bonjour (SP) meldet sich als SP-Fraktionssprecher und hält fest, dass dieser Vorstoss für seine Fraktion sehr wichtig ist. Wir finden, es gibt in Liesel zu wenig genossenschaftlichen Wohnungsbau und es ist sehr wichtig, dass dieser gefördert wird. Und in dem Postulat ist gefordert worden, dass man ein Konzept ausschafft sowie ein Reglement macht, damit allgemeine Regeln aufgestellt werden. Es soll nicht einfach gewartet werden, bis dann möglicherweise eine Chance besteht, etwas machen zu können. Es soll allgemein angeschaut werden und von daher sind wir sehr froh, wenn das weiterbearbeitet wird und bald ein Bericht kommt, der auf die grundsätzliche Frage wirklich eingeht.

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

5. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2021-58 «Fischmarkt-Neugestaltung».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

6. Abschreibung von Postulat Nr. 2021-82 «Kunst an der Wand».

Benjamin Erni (EVP) äussert sich als Postulant und stellt fest, dass er seine Meinung geändert habe. Wie bereits vorgängig erwähnt worden, läuft das Projekt Street-Art Liestal schon. Wenn man dies nun verbindet und aufzeigen kann, wo denn die Plätze sind und dies besser veranschaulicht werden kann, dürfte es wohl kein grosser Mehraufwand für eine Berichterstattung sein. Es ist wohl sinnvoll, dass man den Vorstoss noch stehen und nicht abschreiben lässt.

Bernhard Bonjour (SP) nimmt als SP-Fraktionssprecher auf sein vorheriges Votum und begründet den Gegenantrag für eine Nichtabschreibung des Postulates damit, dass es ja insbesondere um die Wände der SBB geht. Ein Teil dieser Wände könnte ja bestimmt von Jugendlichen bemalt werden. Und bis zum Abschluss der Verhandlungen mit den SBB soll deshalb der Vorstoss auch nicht abgeschrieben werden. Sollte der Einwohnerrat heute das Postulat abschreiben, könnte die SBB ja davon ausgehen, dass Liestal gar nicht mehr an der Bemalung ihrer Wände interessiert sein dürfte.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass die SBB am Projekt interessiert ist, was man so nicht im stadträtlichen Bericht lesen konnte. Die Idee und Überlegung war es, dass bei Vorliegen eines Konzeptes für die Umsetzung sowieso mit einer breiten Information orientiert würde und deshalb nicht noch viel Arbeit in Papier investiert werden muss.

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden und er nun über die beiden Anträge abstimmen lässt.

://: Der stadträtliche Anträge für die Abschreibung des Postulates Nr. 2021-82 wird von 15 Ratsmitgliedern unterstützt.
Dem Gegenantrag der SP-Fraktion für eine Nichtabschreibung des Vorstosses stimmen mehrheitlich 23 Ratsmitglieder zu.
1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

7. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2022-95 «Kultur, Sport- und Vereinspass für Armutsbetroffene».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

8. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-189 «Sanierungsarbeiten A22».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

9. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-192 «Solarstrompotenzial».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

10. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-199 «Sportanlagen-Benützung».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet melden.

11. Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-208 «Velopumpstationen».

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet wurden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu den nachfolgenden Stadtrats-Anträgen keine Gegenanträge gestellt worden sind und er nun über diese in globo abstimmen lässt.

://: Einstimmig werden die unbestrittenen stadträtlichen Anträge unterstützt:

- Abschreibung von Postulat Nr. 2017/40 «Fernverkehr-Kriterien».
- Nicht-Abschreibung von Motion Nr. 2020-32 «Mehrwertabgabe».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2020-34 «Veloverkehr-Konzept».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2021-47 «Wohnungsbau gemeinnützig».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2021-58 «Fischmarkt-Neugestaltung».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2022-95 «Kultur, Sport- und Vereinspass für Armutsbetroffene».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-189 «Sanierungsarbeiten A22».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-192 «Solarstrompotenzial».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-199 «Sportanlagen-Benützung».
- Nicht-Abschreibung von Postulat Nr. 2023-208 «Velopumpstationen».

5. Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli – Zonenplan Siedlung, Mutation «Gewässerraum Dietrichsbrunnenbächli inkl. Einmündungsbereich Rösernbach» (Nr. 2025-41)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird, wozu sich die Fraktionen und Ratsmitglieder nun äussern möchten.

Werner Fischer (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass man der Überweisung an die BPK zustimmt. Es ist doch ein relativ grosser Streifen entlang dem Bächlein tangiert und der Gewässerraum mit einer Breite von 11 Metern muss schon noch genau angeschaut werden. Man möchte schon noch genau wissen, was man für Ideen hat und wie es am Schluss aussehen soll.

Markus Rudin (SVP) hält als SVP-Fraktionssprecher fest, dass er das Votum seines Vorredners unterstützt und seine Fraktion die Überweisung an die BPK unterstützt.

Anja Weyeneth (SP) erklärt als Sprecherin der SP-Fraktion, dass man die Überweisung der Vorlage an die BPK unterstützt. Die Mutation ist nachvollziehbar und man wird auch nicht im Weg stehen, wenn die Klinik bauen muss. Auch die Ausdolung des Gewässers findet man gut und es gibt sicher noch andere Projekte in diesem Zusammenhang, die wir auch gut finden. Wir sind froh, dass für die Stadt nur ein Verwaltungsaufwand ansteht und nicht mehr. Der BPK möchte man mitgeben, dass der Mitwirkungsbericht der Firma Stierli & Ruggli auch noch genauer angeschaut werden müsste.

Matthias Holinger (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass man eine Vorberatung durch die BPK ebenfalls befürwortet. Seine Fraktion interessiert es auch, weshalb die Mutation „Dietrichsbrunnenbächlein“ aus der gesamten Mutation der Gewässerraumplanung herausgelöst werden musste.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-41 an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird einstimmig zugestimmt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) weist darauf hin, dass dieses Geschäft gemäss § 79 Abs. 1 ER-Geschäftsreglement 2-fach zu beraten ist.

6. Bildungsreglement (ESL 642.1) – Totalrevision (Nr. 2025-42)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-42 an die einwohnerrätliche Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) zur Vorberatung überwiesen und die Kommission „Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission“ (SBK) zur Erstattung eines Mitberichts bestimmt wird.

Corinne Hügli (GLP) erklärt namens der GLP/EVP-Fraktion, dass man die Überweisung der Vorlage an die GOR mit einem SBK-Mitbericht unterstützt.

Simon Fluri (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass man den Vorschlag des Ratsbüros unterstützt. Dies mit einem besonderen Augenmerk auf folgende Punkte: Die Straffung des Reglements und die Bereinigung der Doppelspurigkeiten mit den kantonalen Vorgaben wird begrüsst. Auch die Verpflichtung zur Frühsprachförderung wird begrüsst. Mit einer konsequenten Frühförderung der Sprachkompetenz kann neben dem Integrationseffekt auch eine spätere finanzielle Entlastung aufgrund von nicht mehr notwendigen Doppelzählungen von Schülerinnen und Schülern bei der Klassenbildung erreicht werden. Nach der Umsetzung des Reglements ist darauf zu achten, dass die versprochenen Kostenneutralität sichergestellt wird. Dort, wo keine Kostenneutralität zum Zeitpunkt der Umsetzung erreicht werden kann, zum Beispiel im Bereich der frühen Sprachförderung, ist zu monitoren, wie hoch die Einsparungen aufgrund der geringeren Doppelzählungen und dadurch durch die weniger zusätzlich notwendigen Klassen sind.

Marius Ziegler (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, auch seine Fraktion stimmt der Vorberatung der GOR mit einem Mitbericht der SBK zu.

Lukas Flüeler (GL) informiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass man den Vorschlag des Büros unterstützt, denn es macht auch aus pädagogischer Sicht durchaus Sinn, das neue Reglement genau anzuschauen. Es handelt sich doch um eine umfangreiche sowie komplexe Geschichte, auch sollte auf Doppelregelungen des Kantons und der Gemeinden verzichtet werden.

Bernhard Bonjour (SP) orientiert als SP-Fraktionssprecher, dass man eine Vorprüfung durch die GOR mit einem SBK-Mitbericht unterstützt. Wir finden es eine wichtige Vorlage und wir begrüssen es sehr, dass die schulergänzende Betreuung mit den aufgeführten Angeboten auch gesichert werden. Und auch die frühe Sprachförderung finden wir grundsätzlich eine sehr gute Sache. Wir finden aber, es muss noch diskutiert werden, ob beispielsweise bei der frühen Sprachförderung ein Obligatorium eingeführt wird und wer eigentlich das Obligatorium aufgrund von welchen Kriterien verhängen kann. Auch die Frage bezüglich den Strafandrohungen müsste die GOR noch einmal sehr genau anschauen. Die Finanzierung ist relativ komplex und da sind wir dann froh, wenn das uns in der Kommission noch einmal richtig erläutert wird, da sehe ich persönlich noch nicht ganz durch. Ebenfalls sollte die GOR noch schauen, dass die Systematik besser wird, hat es doch ein paar schiefe Sachen drin. Und schliesslich müsste man den Titel auch noch anschauen. Aber es ist eigentlich ein anderes Problem dahinter, denn es stehen sehr einseitig viele Sachen im Reglement dring, doch ganz viele Sachen über die Schule stehen nicht drin. Er versteht es schon, dass man nicht Sachen wiederholen will, die schon irgendwo genannt worden sind. Er weiss, dass die Juristen das immer gerne sagen und Juristen gerne hin- und herblättern zwischen unterschiedlichsten Regelungen. Für einen Laien oder jemanden, der einfach wissen will, was nun in der Primarschule gilt, ist das sehr mühsam. Dieser möchte doch einfach nachlesen können, was beispielsweise an der Primarschule gilt und welche Gesetzesgrundlagen vom Einwohnerrat gegeben werden. Diese Frage müsste man sich schon einmal stellen. Wie auch beispielsweise die Frage, was steht denn nicht drin? So kann man unter dem Titel Primarschule nur etwas über die Hausaufgabenhilfe lesen und

dann hat es sich auch schon wieder. Irgendwie ist dort ein komisches Ungleichgewicht und ich finde, dass sich die GOR schon einmal grundsätzliche Gedanken machen müsste.

Anja Weyeneth (SP) meint als Einzelsprecherin, dass das Wort Bildungsreglement im Hirn doch auslöst, dass es hier um die Bildung und die Organisation des Schulalltags geht. Von den Themen her geht es aber nicht nur darum, sondern noch um ganz viele andere Punkte. Vielleicht hat die GOR auch noch eine Idee, wie man den Titel so ergänzen könnte, dass man dann auch weiss, was das Reglement wirklich alles beinhaltet und dass es sich nicht nur um das allgemeine Bildungsreglement handelt.

Vreni Baumgartner (GL) merkt an, dass man in der Fraktion noch lange über die frühkindliche Sprachförderung geredet habe und es sehr begrüsst, dass man mit dieser möglichst früh beginnt, sollte Bedarf vorhanden sein. Persönlich ist ihr beim Ausfüllen des kantonalen Fragebogens für ihre Tochter aufgefallen, dass dieser sehr lang und auch sehr wiederholend ist. Erreicht man wirklich die richtigen Leute und verstehen diese auch, was sie dort ausfüllen müssen? Es gibt doch sehr ähnliche Fragen, welche sich nur mit kleinen Nuancen unterscheiden. Sie hofft, dass der Kanton diesen Fragebogen doch auch einmal überarbeitet. Eine weitere Frage stellt sich ihr zudem im Zusammenhang mit der Umsetzung, wenn die Eltern frei darüber entscheiden können, ob sie ihr Kind einschulen oder gegebenenfalls für ein Jahr zurückstellen. Auch die Frage mit den ärztlichen Gutachten müsste bei der Vorberatung von den Kommissionen noch genauer angeschaut werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-42 an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) und die Bestimmung der Kommission „Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission“ (SBK) zur Erstattung eines Mitberichts wird einstimmig zugestimmt.

7. Minergie – Interpellation betreffend Minergie-P-Standard bei stadteigenen Gebäuden von Anita Baumgartner und Matthias Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2025-35)

Stadtrat Daniel Muri beantwortet die Fragen der Interpellanten:

Zur Frage 1: Nein, der sommerliche Windschutz wird gemäss SIA 180 mittels einer IDA-ICE-Simulation überprüft und erfolgreich nachgewiesen. IDA ICE steht für Indoor Climate and Energy und ist ein zertifiziertes und international validiertes Gebäudesimulationsprogramm, das von Planern, Ingenieuren und Hochschulen für die energetische Planung und Optimierung des Gebäudes eingesetzt wird. Es ermöglicht die präzisen Analysen des Energieverbrauchs betreffend Heizung, Kühlung, Beleuchtung usw. sowie des Innenraumklimas für die Temperatur, Luftfeuchtigkeit, CO₂ und des thermischen Komforts für die Gebäudenutzer. Mit dieser Simulation lassen sich verschiedene bauliche und technische Varianten auch durchspielen und die Auswirkungen realistisch simulieren, bevor man baut. Die Einhaltung der relevanten Normen, insbesondere SIA 180 ist ein zentraler Standard für den Wärmeschutz, Feuchteschutz und Raumkomfort in Gebäuden. Besonders bei Schulbauten, in denen hohe Anforderungen an den Komfort und Gesundheit der Kinder gestellt werden, spielt sie eine wichtige Rolle. Mit der IDA ICE können die Anforderungen der SIA 180 frühzeitig nachgewiesen werden und das umfasst unter anderem Mindest- und Maximaltemperaturen im Sommer und Winter sowie die Luftfeuchtigkeit und die Luftbewegungen, wie auch die Vermeidung von Schimmelbildung. Damit wird eine gleichwertige oder sogar höhere Qualität als bei einer Zertifizierung eines Labels wie zum Beispiel Minergie-P gewährleistet. Die Nachtauskühlung erfolgt durch witterungsgeschützte Lüftungsflügel in Kombination mit mechanischen Dachventilatoren über dem Treppenhaus, die dort eine effektive und eine energieeffiziente Belüftung sichergestellt haben. Das ist das Low-Tech-Verfahren, worüber ich das letzte Mal schon ein bisschen gesprochen habe. Und im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung des Lebenszyklus zeigt sich, dass der Verzicht auf eine kontrollierte Lüftung zu einer höheren Einsparung von grauer Energie führt, als der Einsatz einer energieeffizienten Lüftungsanlage mit einem Wärmerückgewinn. Zusätzlich wird die benötigte Wärme durch eine nachhaltige Fernwärmelösung auf Basis von Holz bereitgestellt, was die ökologische Bilanz ja auch wieder nicht weiter verschlechtert.

Zur Frage 2: Dazu möchte er aus dem Energieleitbild zitieren, welches dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht wurde. Bei Neubauten für gemeindeeigene Neubauten wird der Minergie-P-Standard, der Minergie-A-Standard oder ein gleichwertiger Energiestandard angestrebt. Im Weiteren steht im Energieleitbild, dass der Stadtrat für die Umsetzung der aus dem Energieleitbild abgeleiteten Massnahmen innerhalb des finanziellen Machbaren sorgt. Das gehört auch zur Nachhaltigkeit. Wie wird das im Fraumatt umgesetzt? Mit dem Neubau wird ein zukunftsweisendes Energiekonzept umgesetzt, das Nachhaltigkeit und Effizienz vereint. Die Wärmeversorgung erfolgt über erneuerbare Fernwärmelösungen auf Holzbasis, die ist eben schon im Bestand angeschlossen. Be- und Entlüftung folgt einem Low-Tech-Ansatz und es wird auf eine komplexe Technik verzichtet. Da der dortige Energieverbrauch eben auch weiter minimiert wird, werden auch wassersparende Armaturen eingesetzt und der Eigenstrombedarf wird durch die maximale Nutzung auf der Dachfläche mit Photovoltaikanlagen weitgehend gedeckt.

Zur Frage 3: Die Zertifizierung nach Minergie-P bringt gewisse Vorteile, vor allem im Bereich Marketing, aber sie verursacht zusätzliche Kosten und administrativen Aufwand. Sie schreibt standardisierte Lösungen vor, die nicht immer den realen Bedürfnissen und den Möglichkeiten gerade auch in einem Schulhausbau entsprechen und der tatsächliche Komfort- und Energieverbrauch wird nicht durch Simulation, sondern durch Kennwerte und eben durch Pauschalen nachgewiesen. Das Vorgehen, so wie wir es jetzt im Fraumatt umsetzen wollen, geht eben darüber hinaus, bei der die tatsächliche Nutzung des Gebäudes berücksichtigt wird. Realistische Szenarien bezüglich Lüftung, Beschattung, Belegung usw. werden simuliert. Es wird eine optimierte, auf das Projekt abgestimmte Lösung entwickelt, anstelle eines formalen Label-Prozesses. Fazit: Dank dieser vorbildlichen Energiekonzepte kann auch eine Minergie-P- oder eine Minergie A-Zertifizierung verzichtet werden. Die Vorgaben des ECO-Devis werden konsequent in den Ausschreibungen berücksichtigt, um eine umweltfreundliche Bauweise

sicherzustellen. Ein ECO-Devis ist eine erweiterte oder angepasste Version, die zusätzlich ökologische Anforderungen beschreibt. So die Verwendung von rezyklierten oder erneuerbaren Materialien, die Emissionen und der Energieaufwand bei der Herstellung von Baustoffen, die Demontierbarkeit und Wiederverwendbarkeit, die Vermeidung gesundheitsschädlicher Stoffe wie VOC. VOC steht für flüchtige organische Verbindungen oder Formaldehyd.

Zu den Fragen 3 und 4: Sofern sich auf dem Arbeitsmarkt qualifizierte und geeignete Personen bewerben, wird der Bereich mit der Besetzung der Stelle Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und die notwendige Know How und die notwendige Kapazität verfügen. Diese Stelle wird nach der Besetzung des neuen Bereichsleiters im November 2025 ausgeschrieben.

Abschliessend: Wie im Postulat geschrieben ist, soll der Fraumatt-Erweiterungsbau ungeachtet der eigenen Vorgaben lediglich dem niedrigsten Minergiestandard entsprechen. Der Stadtrat geht die verschiedensten Wege, die zum Ziel führen können, zusammen mit der Verwaltung verantwortungsbewusst und gewissenhaft.

Matthias Holinger (GL) dankt als Interpellant für die Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Matthias Holinger (GL) dankt als Interpellant für die sehr ausführliche Antwort. Und nach dem letzten Votum anlässlich der Überweisung dieser Interpellation habe er dann auch etwas wegen dem Low-Tech gegoogelt und gesucht. Und da findet man wirklich eine Tendenz dazu, dass man von diesen hoch durchlüfteten Gebäuden wegkommt und eben zu den vorgängig beschriebenen vorgeschriebenen Low-Tech-Lösungen kommt. Spannend habe ich auch noch gefunden, dass durch den Neubau eines Gebäudes dann eigentlich 80 - 90% der Treibhausgasemissionen der ganzen Lebensdauer des neu zu bauenden Gebäudes entstehend und rund 30% davon macht eben die Gebäudetechnik und die Lüftung aus. Und dann leuchtet die Idee von diesem Low-Tech eigentlich schon ein. Das heisst eigentlich, je weniger Technik, desto weniger Emissionen gibt es, zumindest in der Zeit des Bauens. Was ich allerdings nirgends gefunden habe, was aber noch lange nicht heisst, dass es das nicht gibt, ist ein direkter Vergleich über die ganze Lebensdauer, also inklusive Planung, Bau und Unterhalt von Minergie-Gebäuden gegenüber Low-Tech-Gebäuden. Es wäre ja auch noch eigentlich sehr spannend, wenn man das einmal über die ganze Lebensdauer eines Gebäudes herausfinden könnte. Vielleicht hat das jemand gemacht und ich habe es einfach nicht gefunden. Ein weiterer Punkt ist das Bewilligungsverfahren bei der Schulanlage Fraumatt, denn in der kantonalen Energieverordnung steht unter § 9a, dass Neubauten nach dem Minergie-P-Eco- oder Minergie-A-Eco-Standard oder zumindest nach dem Energie-Ego-Standard zu realisieren sind. Also ich bin gespannt, wie die Bewilligung dieser Schulanlage des Kantons aufgenommen bzw. beurteilt wird. Wie auch immer. Unser Wunsch ist es, dass die Stadt bei Neubauten und Sanierungen mit viel Engagement sowie Voraussicht und unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Forschung, die jeweils nachhaltigste Lösung sucht. Und auch dafür wäre eben eine kompetente Person für die bewillige Stelle Klima, Energie und Umwelt sicher eine grosse Unterstützung. Und eventuell müsste auch das Energieleitbild der Stadt noch etwas angepasst werden. Er bedankt sich nochmals bestens für die ausführliche Beantwortung der Interpellation, womit er auch wieder etwas dazu gelernt hat.

Anita Baumgartner (GL) hat als Mitverfasserin der Interpellation keine Ergänzungen zu machen. Sie bedankt sich ebenfalls für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen und schliesst sich den vorgängigen Aussagen von Matthias Holinger (GL) an, welcher bei diesem Thema sehr gut recherchiert hatte.

Peter Bürgin (FDP) findet es als FDP/Mitte-Fraktionssprecher schade, dass man bei den BPK-Besprechungen zu diesem Thema eigentlich nur den Aspekt der Kostenreduktion im Fokus hatte. Und wenn wir all diese Energie-Informationen schon früher gehabt hätten, dann wäre einiges, vielleicht auch von der Diskussion her, einfacher geworden. Denn die spezifischen Informationen, die wir heute gehört haben, wären natürlich sehr einleuchtend gewesen. Auch die Nachhaltigkeit bezüglich dem Unterhalt wurde behandelt, so beispielsweise die automatische Lüftungen usw. All die Zusatzinformationen, die wir heute gehört haben, wären bei der damaligen BPK-Beratung schon noch hilfreich gewesen.

Bernhard Bonjour (SP) meint als SP-Fraktionssprecher, dass auch seine Fraktion versucht habe, sich in das Thema einzudenken und sich damit auseinander zu setzen. Wir stehen selbstverständlich hinter eurer Forderung, die eigentlich in der Interpellation steckt, nämlich dass die Gemeinde bei ihren eigenen Gebäuden wirklich höchste Massstäbe ansetzt und diese nicht nur bei Privaten verlangt, weil sie ansonsten die Glaubwürdigkeit verlieren würde. Jetzt bin ich sehr befriedigt über die Antworten von Stadtrat Daniel Muri, weil wir das Gefühl haben, dass sich der Stadtrat dessen bewusst ist, sich ganz intensiv damit auseinandersetzt und nicht auszuweichen versucht. Er dankt nicht nur dem Stadtrat, sondern auch Interpellant Matthias Holinger (GL) für die umfangreichen Abklärungen sowie die Berichterstattung zu diesem komplexen Thema, konnte er heute diesbezüglich doch viel lernen. Dass die automatische Lüftererneuerung nicht jedes Mal und immer die überzeugendste Lösung sein muss, leuchtet uns ja auch allen ein.

Stadtrat Daniel Muri freut es, dass das Umdenken stattfindet und ankommt, da das Energieleitbild zwischenzeitlich auch schon sechs Jahre alt ist. Mit dem Low-Tech-Verfahren kommt man teilweise wieder zurück zu ganz einfachen Lösungen, welche wir schon früher hatten. So braucht auch er in seinem Betrieb sehr viel Lehm beim Verputzen von Innenwänden, denn damit kann Feuchtigkeit aufgenommen und auch wieder abgegeben werden, was auch zu einem besseren Raumklima beiträgt. Lehm wird seit Millionen Jahren als Baustoff verwendet und es braucht vielleicht einfach wieder etwas Mut, diesen vermehrt einzusetzen. Er wird sich ebenfalls für eine vermehrte Lehmverwendung einsetzen, wo immer dies möglich ist, doch macht dies beispielsweise in einem Treppenhaus in einem Schulhaus keinen Sinn. Hingegen könnte dieser Baustoff ja in einem Lehrer- oder Schulzimmer verwendet werden und wenn man dies den Kindern erklärt, findet vielleicht auch mehr Rücksicht statt, indem dann zu den Wänden mehr Sorge getragen wird. Auch beim Rückbau wird beispielsweise sehr viel Holz in die Mulde geschossen und verbrannt, obwohl man dies noch gut gebrauchen könnte. Die Wiederverwendung von Holz ist aber auch beim Fraumatt-Schulhaus nicht möglich, muss aber in der Zukunft bei anderen Bauprojekten geprüft werden, denn in Zukunft wird es in diese Richtung gehen. Das Energieleitbild muss aus seiner Sicht nicht unbedingt neu geschrieben werden, sondern soll eine rollende Planung sein. Man muss einfach den Mut haben, die neuen Schritte zu gehen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2025-35 durch den Stadtrat.

8. Arbeitsbedingungen menschenwürdig und rechtmässig – Interpellation für menschenwürdige und rechtmässig Arbeitsbedingungen in Liestal von Anja Weyeneth der SP-Fraktion (Nr. 2025-30)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert, dass diese Interpellation auf Wunsch der Verfasserin nicht auf die letzte Ratssitzung vom 9. April 2025 traktandiert wurde, da die Interpellantin nicht an der Sitzung teilnehmen konnte.

Stadträtin Pascale Meschberger äussert, dass Menschenhandel, Geldwäscherei und andere organisierte Kriminalität leider auch in der Schweiz zu einem grossen Thema geworden sind. Das Problem ist ziemlich schwierig unter Kontrolle zu bringen und darum ist das sicher auch ein wichtiges Thema und Anliegen der Interpellantin. Natürlich liegt gerade auch dem Stadtrat sehr viel daran, dass diejenigen Menschen, die bei uns in Liestal schaffen, korrekte Arbeitsverhältnisse antreffen und gerecht bezahlt werden. Grundsätzlich ist aber die organisierte Kriminalität eine Aufgabe der Bundespolizei und gerade unser Lokalmatador Bundesrat Beat Jans hat das fedpol beauftragt, eine nationale Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Schweiz zu erarbeiten. Die kantonalen Polizeidirektorinnen und Polizeikommandanten werden sich an dieser Ausarbeitung beteiligen. Einbezogen werden natürlich auch Erkenntnisse von ausländischen Behörden, Europol und Interpol. Und auf dieser Grundlage soll dann eine Bekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert werden. Ich kann mir noch nicht so ganz vorstellen, was das dann heisst und bin gespannt auf die Ergebnisse. Die Strategie soll dem Bundesrat schon bald, nämlich bis Mitte 2025, vorgelegt werden. Und dann werden wir schauen, was das bedeutet. Die organisierte Kriminalität des Menschenhandels ist für uns ein relativ abstrakter Begriff, weil man diese im Alltag nicht so wahrnimmt. Es ist anders, als wenn wir von Einbruchdiebstählen sprechen, die wahrscheinlich die meisten von uns schon einmal erlebt haben. Den Menschenhandel sehen wir kaum je selber direkt. Es gibt aber natürlich keinen Grund zu glauben, dass wir diese Kriminalität in Liestal ausklammern dürfen, auch wenn wir wissen, dass grössere Städte mit einer grösseren Anonymität auch viel häufiger davon betroffen sind. Auf der anderen Seite ist die Beantwortung dieser Interpellation natürlich nicht ganz einfach, denn wir haben keine Hinweise auf illegale Machenschaften in unseren Geschäften. Auch nicht in denen, die hier in der Interpellation explizit erwähnt werden. Und was wir natürlich auf keinen Fall wollen in diesem Zusammenhang, wäre eine Vorverurteilung. Also wir wollen jetzt auch gar kein einziges Geschäft, weil wir eben keine Hinweise haben, in irgendeiner Art und Weise beschuldigen. Deshalb nur ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Thema. Die bewilligungsgebende Stelle für die Eröffnung eines Geschäfts ist in erster Linie das KIGA, das auch zuständig für die Kontrollen ist. Je nach Sparte sind weitere kantonale Ämter involviert, also eben auch hier nicht auf Stufe der Stadt. In Liestal werden viele dieser Geschäfte, die erwähnt sind, von Familien geführt und sind deshalb auch nicht an offizielle Öffnungszeiten gebunden. Und durch diese Konstrukte können die Familien auch mit geringem Einkommen zurechtkommen, es muss also eben nicht illegal sein. Wenn wir aber Kenntnisse kriegen von irregulären Machenschaften, dann würden wir uns selbstverständlich mit der Kantonspolizei austauschen, mit welcher wir sowieso regelmässigen Kontakt haben. Auch geben wir dem KIGA Bescheid oder informieren die Abteilung „Bewilligungen“ der SID bei Verstössen gegen das Alkohol- und Tabakgesetz. Das heisst also, bei Erhärtung eines Verdachts wird entsprechend auch gehandelt. So sind in der Vergangenheit tatsächlich schon Razzien auch in Liestal durchgeführt worden und ein Unternehmen ist geschlossen worden. Gott sei Dank ist das bei uns eine Seltenheit. Bei konkreten Hinweisen darf man sich also gerne an uns wenden, an die Stadtverwaltung oder noch besser gerade an die Polizei oder ans KIGA, denn dann wird diesen Hinweisen nachgegangen. Wir haben gerade letztes Jahr im Landrat einen Bericht zum Thema Kriminalitätsstatistik erhalten und dort spielt der Menschenhandel eine erstaunlich kleine Rolle. Das heisst, es hat nur wenige Fälle gegeben, die in den letzten Jahren behandelt worden sind oder auch zum Abschluss gekommen sind. Was natürlich nicht heisst, dass das harmlos ist, denn jeder Fall ist einer zu viel, denn es sind immer Menschen betroffen. Das Problem des Menschenhandels ist natürlich, dass sich die Betroffenen nicht wirklich wehren können, denn sie sind abhängig, das ist ja genau das

Konstrukt. Und ein weiteres Problem ist, dass wir ein gesetzliches Problem haben, was uns die Juristen unter uns etwas genauer sagen könnten. Denn gemäss Bundesgesetz fehlt die Möglichkeit, dass man präventiv ermitteln darf, wenn man nicht schon einen konkreten Verdacht hat. Die Kantone sind bestrebt, dass man dies einmal ändert, damit man ein bisschen aktiver vorgehen kann. Die Dunkelziffern dürften leider etwas höher liegen und die organisierte Kriminalität bringt die ganze Justiz immer wieder an ihre Grenzen. Dies trifft auch für die Stadt Liestal zu, doch diese kann ja auch nur auf die korrekten Instanzen verweisen.

Anja Weyeneth (SP) dankt als Interpellantin für die Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Anja Weyeneth (SP) dankt als Interpellantin für die Ausführungen von Stadträtin Pascale Meschberger. Es ist doch hilfreich, zu wissen, was läuft und was noch gemacht werden müsste. Ich weiss, es ist ein heikles Thema, auf Vermutungen basierend, auf etwas einzugehen. Und trotzdem denke ich, nur weil es heikel ist, es nicht zu behandeln, wäre auch nicht die Lösung. Und auch ist mir bewusst gewesen, dass es eine kantonale oder bundesweite Geschichte ist und trotzdem könnten wir hier betroffen sein, deshalb dürfen und sollen wir auch darüber reden. Mir ist das Problem vor allem aufgefallen, weil es sehr viele Berichterstattungen gegeben hatte. Ich habe Zeitungsberichte in den letzten Monaten gesammelt und da ist doch recht viel zusammengekommen. Und deshalb denke ich, dass wir das ernst nehmen und lieber früher angehen sollten, als zu spät. Ich konnte lesen, dass in den Städten die Kontrollen gestiegen sind und deshalb die Clans auf das Land ziehen, wo noch weniger kontrolliert wird. Ich habe es einfach gelesen und wahrscheinlich sind wir hier nicht ganz ausgelassen, was in diesem Fall zwar schön wäre. Menschenhandel, Ausbeutung, Gewalt in kriminellen Schattenwirtschaften schaden nicht nur den Menschen, die dort sogenannten angestellt sind, sie schaden auch den seriösen Unternehmen, die sich alle Mühe geben, sich an die rechtlichen und menschenrechtlichen Bedingungen zu halten, auch was Lohn- und Preisdumping anbelangt. Ja, die Menschen haben das Recht auf eine menschenwürdige und rechtliche Arbeitsbedingung und darum sind wir dafür besorgt, dass das eingehalten werden muss. Gerade am Montag wurde im Schweizer Fernsehen berichtet, dass die Kantonspolizei von Bern, einen Menschenhandelsring in Bern gesprengt hat. Dort hat man rund 150 mutmassliche Opfer aufgedeckt, wo 5 beschuldigte Täter beteiligt sind. Und bei der Einreichung ihrer Interpellation vor rund zwei Monaten wäre ein Bericht in der Sonntagszeitung noch aktueller gewesen. In diesem konnte man lesen, dass in der Westschweiz mittlerweile Minderjährige aufgefordert oder angeheuert werden für den Drogenhandel. Da diese einem anderen Gesetz unterstellt sind, welches keine grosse Auswirkung hat, werden sie unmenschlich behandelt. Die kriminellen Handlungen schaden dem atmosphärischen Zusammenleben und unseren sozialen und gesellschaftlichen Werten. Und für die rechtlichen Errungenschaften sollten wir einstehen und zu diesen auch Sorge tragen. Gutgläubigkeit und Passivität helfen natürlich dem dubiosen Milieu. Und deshalb finde ich es eben sehr wichtig, dass wir dort hinschauen, da es in unserem Interesse ist. Je früher dies passiert, umso besser. Und was noch im Netz alles passiert, ist ja noch einmal ganz anders, da dies noch weniger sichtbar ist in dem Ganzen. Der Kanton und die Stadt Bern sind sehr aktiv, denn sie machen Kontrollen mit verschiedenen Behörden gleichzeitig und in der gleichen Art, weshalb Bern in diesem Bereich sehr federführend ist. Sie hofft, dass der Kanton Basel-Land auch daran ist. Der Austausch zwischen der Stadt Liestal und dem Kanton ist wichtig, damit man etwas unternehmen kann. Mit ihrer Interpellation wollte sie auch niemanden speziell verdächtigen, sondern einfach das Thema thematisieren.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Fraktions- und Einzelsprecher zu Wort melden und auch Stadträtin Pascale Meschberger keine weiteren Ergänzungen mehr anbringen möchte.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

9. Fasnacht – Interpellation «Sicherheit und Zugänglichkeit an der Fasnacht» von Jonas Bischofberger der SP-Fraktion (Nr. 2025-40)

Stadträtin Pascale Meschberger meint, dass der Interpellant wohl selbst gemerkt habe, dass die Organisation von Grossanlässen immer anspruchsvoller wird, denn die Sicherheit und gerade die im letzten Jahr aktuell gewordene Terrorwarnung ist eine rechte Herausforderung. Du hast aber konkrete Fragen in einer anderen Hinsicht gestellt, die ich gerne beantworten werde. Zur Frage 1: Sie selbst ist ehrlich gesagt auch etwas überrascht, dass wir eine einzige Meldung vor 2 Jahren erhalten hatten, wonach dann auch die Polizei bezogen werden musste. Es gab allerdings keine Anzeige, doch der vermeintliche Täter ist vom Platz verwiesen worden. Aber sonst hatten wir in den letzten 5 Jahren effektiv keine weiteren Meldungen gehabt, was das auch immer heisst.

Zur Frage 2: Wir haben sehr gute Erfahrungen mit den „Schutzengeln“ gemacht, obwohl sie glücklicherweise sehr selten für den Ernstfall gebraucht wurden. Sie sind sehr nützlich und sensibilisieren die Bevölkerung doch etwas. Man weiss, es ist jemand da und es ist jemand notfalls herum, wenn es um kleine Verletzungen geht, welche man bei Grossanlässen doch sehr häufig hat. Sie betreuen häufig auch Besoffene, denn von diesen hat es meist auch genug. Sie kümmern sich um verlorene Kinder oder verlorene Eltern. Und ich glaube, wir sind auch ein bisschen stolz auf unsere Schutzengel. Sie weiss zwar nicht, ob wir Vorbild für die Awareness-Guides in Basel waren, welche beim ESC in Basel zum Einsatz gekommen sind. Wir haben dieses Konzept natürlich auch irgendwo gesehen und sind von dem Schutzengel-Konzept nach wie vor überzeugt.

Zur Frage 3: Diese Frage ist etwas schwieriger zu beantworten und sie hofft, dass der Interpellant nicht zu hohe Ansprüche hat, wenn es um die Zugänglichkeit zu Veranstaltungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen geht. Wir meinen, dass Liestal im Zentrum relativ hindernisfrei ist und haben sogar ein rollstuhlgängiges WC. Früher hatte man beim Chienbäse beim Rathaus sogar noch einen Platz für gehbehinderte Personen und Rollstühle reserviert. Damit hatte man dann irgendwann aufgehört, weil dieser gar nicht gebraucht wurde. Letztes Mal konnte sie beim Chienbäse beobachten, dass beispielsweise die Bewohnerinnen und Bewohnern vom Tertianum zwar mittendrin waren, jedoch aber in Sicherheit auf dem Bödeli vor dem Tertianum gesessen und zugeschaut hatten. Wir stellen fest, dass durchaus auch Leute mit Beeinträchtigungen an diesen Anlässen dabei sind, doch die Bevölkerung nimmt extrem Rücksicht auf sie und die Inklusion passiert eigentlich recht gut. Andere Bedürfnisse sind ihr nicht bekannt. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, dass alle Interessierten an den Anlässen in Liestal teilnehmen können.

Jonas Bischofberger (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Jonas Bischofberger (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten sowie Ausführungen. Die Fasnacht hat in Liestal einen sehr hohen Stellenwert und bietet sehr viel Tolles, deshalb ist es auch wichtig, dass sie für alle zugänglich ist. Die Zugänglichkeit wird natürlich gerade während der Fasnacht und während Grossanlässen oft auch erschwert, weil Sachen herumstehen, weil üblicherweise hindernisfreie Wege vielleicht einmal zugestellt sind oder weil zum Beispiel die Leitstreifen völlig mit Konfetti bedeckt sind. Ich bin trotzdem sehr froh, dass man da schon verschiedene Sachen versucht hat, auch gerade mit der Platzreservation für die Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen vor dem Rathaus während dem Chienbäse. Natürlich macht es Sinn, dass man darauf verzichtet, wenn kein Bedarf dafür vorhanden ist. Auch er stellt fest, dass die Bevölkerung grundsätzlich rücksichtsvoll ist, was lobenswert und schön ist. Und zum Schwerpunkt seiner Interpellation möchte er erwähnen, dass man ja leider immer wieder von Geschichten von Fasnachten in der ganzen Schweiz hört, wo die Narrenfreiheit immer wieder für Übergriffe oder für diskriminierende Äusserungen ausge-

nutzt wird. Auch beim kürzlichen ESC in Basel hatte man im Vorfeld mit 15'000 Übergriffen gerechnet, doch ist keine einzige Anzeige eingegangen. Aber man weiss natürlich auch, dass Übergriffe sehr selten zur Anzeige kommen und es gibt eine sehr hohe Dunkelziffer. Doch vielleicht hatte auch das Awareness-Konzept am ESC eine präventive Wirkung gehabt, was ja sehr zu hoffen wäre. Es ist wirklich gut, dass Liestal handelt, wie vorher berichtet wurde und es ist erfreulich, dass es nur einen Vorfall gegeben hatte, bei welchem die Polizei beizogen werden musste. Genau dieser Sensibilisierungseffekt, der angesprochen worden ist im stadt-rätlichen Bericht, ist sicher wichtig. Gerade auch für die Betreuung von kleinen Verletzungen, von Kindern, von Verlorenen usw. Relevant und wichtig ist gerade auch die Betreuung von betrunkenen Personen, da ja meist genau von diesen Personen oft ja auch Gewalt oder Belästigungen ausgehen können. In diesem Sinn danke ich sehr für die erfreuliche Berichterstattung.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Fraktions- und Einzelsprecher zu Wort melden und auch Stadträtin Pascale Meschberger keine weiteren Ergänzungen mehr anbringen möchte.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2025-35 durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19:30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann